

Saale-Zeitung

Zwölftausendster Jahrgang.

Abend-Ausgabe, 33mm Br. Kolonnenzeitung oder deren Raum mit 40 Pf. ...

für Halle monatlich bei zweimaliger ...

Nr. 460.

Halle, Dienstag, den 1. Oktober.

1918.

Die Entente-Bedingungen für Bulgarien

Fortdauer des heftigen Ringens im Westen.

Erbitterte Kämpfe um Cambrai.

Eine neu eingeschleifte Division nördlich Cambrai zurückgeworfen. — Zwei französische Kompagnien gefangen genommen. — Schwere Verluste der Gegner.

Großes Hauptquartier. 1. Oktober. Antlich. Weißlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nahe an der Küste nahmen wir bei einem erfolgreichen Vorstoß einige hundert Belger gefangen. Unsere neue Front in Flandern verläuft im Zuge der in der vorjährigen Flandernschlacht ausgebauten rückwärtigen Stellung. Von dem Handgarn-Abchnitt westlich an Bescelare vorbei über Vede-n-Geluwe nach Herwig und dann in der Lys-Änderung nach unserer alten Stellung bei Armentières. Der Feind greift gestern Nachmittag zwischen Veclare und Neuf an. Er wurde vor unserer Linien abgewiesen. Neben Belgieren und Engländern nahmen wir gestern hier auch Franzosen gefangen.

Vorläufe des Feindes zwischen Fleurbaig und Gullich und Teilaufgriffe gegen die Höhen von Groemmes und Anders identifiziert. Weiterseits von Cambrai setzte der Engländer tagsüber seine heftigen Angriffe fort. Am Nachmittag gelang es einer neu ein eilenden kanadischen Division vorübergehend nördlich an Cambrai vorbei auf Namurles vorzudringen. Unter Führung des Generalleutnants von Frisch warf sie in den Kämpfen zwischen Uras und Cambrai besonders beachtliche Wunden ab. Die 26. Reserveinfanterie den Feind wieder auf Tillon zurück. Auch südlich von Cambrai haben wir unsere Stellung gegen den neujährlichen Ansturm des Feindes restlos behauptet.

Seeresgruppe Boehn. Weiterseits Le Cotelet nahm der Feind am Nachmittag seine Angriffe zwischen Wendhulle und Jouvencourt wieder auf. Auch südlich von Jouvencourt und südlich von der Somme entwickelten sich am Abend heftige Kämpfe. Die Angriffe des Feindes wurden überall abgewiesen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. Gegen unsere Linien zwischen Aune und Vesle und über die Weste zwischen Vreuil und Nonchery richtete der Feind heftige Angriffe. Trotz mehrmaligen Ansturmes sind sie bis auf einen Teilerfolg, der den Feind auf die Höhen nördlich von Vreuil führte, gescheitert.

In der Champagne beschränkte sich der Feind auf Teilaufgriffe östlich der Suippe gegen St. Marie à W. nördlich von Somme-Py und gegen unsere neuen Linien, die wir in der Nacht nördlich von Aune und Merouiz gezogen hatten. Sie wurden abgewiesen; bei St. Marie à W. nahmen wir hierbei zwei feindliche Kompagnien gefangen. Mit starken Kräften griff der Amerikaner östlich der Argonnen am Brennpunkte des Kampfes wiederum Argemont und der Wald von Montrebeau. Wir schlugen den Feind überall zurück. Er erlitt auch gestern wieder besonders schwere Verluste.

Seeresgruppe Gallwin. Auf dem westlichen Maasrifer über die Gesehts-tätigkeit auf Sitzungsleiter be drückt.

In anseher. Kavaliere und Artillerie haben an der Verwichtung zahlreicher feindlicher Panzerwagen gleichen Anteil. In den letzten Kämpfen taten sich hierbei besonders hervor:

- Der Leutnant von Seibing und Burmeister vom ...

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Randbemerkungen

Kaiser und Volk stehen beieinander. Sie sind nicht zu trennen. Wie die kaiserliche Oberhofschaff des Jahres 1917 ein neues Band zwischen Monarchie und Demokratie knüpfte, das durch den Erfolg aus dem Juli des gleichen Jahres verstärkt wurde, so tritt das heute auch für den kaiserlichen Erfolg an den Grafen Hertling über die Parlamentarisierung der deutschen Regierung. Der Kaiser will nicht gegen sein Volk regieren, will sich vielmehr an die Spitze derjenigen Kreise stellen, die den Fortschritt als ein nationales Erfordernis bringender Art anerkennen. Es war immer kaiserlich, davon zu reden, wie das von Keuten, die kein Verständnis für die Zeichen der Zeit haben, getan wurde, daß der Wahlrechtserlaß des Kaisers „erpreßt“ worden sei. Mit seiner gestrigen Hofschaff hat Kaiser Wilhelm deutlich zu erkennen gegeben, daß er die seit der Oberhofschaff folgende Politik auch heute noch als richtig anerkennet und daß sie deshalb in verstärktem Maße fortgesetzt werden müsse. Alle die unangenehmsten Äußerungen, die in den parlamentarischen Kämpfen um die Wahlrechtfrage nach dieser Richtung laut wurden, sind damit der Möglichkeit preisgegeben.

Die Frage, wer wird Reichstagsleiter werden, beschäftigt naturgemäß in einem ganz besonderen Umfange die Gemüter. Die meisten Nennungen fallen auf Herrn v. Payer, den Grafen v. A. B. und auf General v. Bessler, den Generalgouverneur Polens. Daneben werden noch einige Diplomaten genannt. Der Sinn des kaiserlichen Erlasses läßt unferes Erachtens keinen Zweifel darüber, daß sowohl Graf v. A. B. als auch General v. Bessler nicht für die Kaiserlichheit in Frage kommen können. Das würde nur erneut eine halbe Maßnahme sein, und an Halbheiten haben wir nachgedacht genug. Wir können uns Situationen denken, in denen die Berufung eines diplomatisch und vernaunftstechnisch gewandten Generals in das Amt des Reichstagsleiters gegeben erscheint. Erhebt sich das nicht der Fall, weil das eben keine „Parlamentarisierung“ sein würde. Man soll auch heute nicht alle Entscheidungen mit einem schiefen Blick auf das Ausland treffen. Deshalb ist auch die Motivierung der Ablehnung einer Kaiserlichheit Besslers durch seine Offiziersgesellschaft, die das Ausland irreführen könnte, abzulehnen. Am Uegner einer Berufung Besslers zu sein, genügt vollkommen, daß damit der Rahmen der Parlamentarisierung durchbrochen wäre. Ob Graf A. B. der sich zweifellos große Verdienste als Reichstagsleiter erworben hat, das genügt den Vertretern breiter Schichten der Bevölkerung bestän würde? Wohl kaum. Viel lieber ein Verzicht auf eine weitere Parlamentarisierung, als mit halben Maßnahmen operieren.

Ein Berliner ernst zu nehmendes Börsenblatt beschäftigt sich mit der Frage, wer der Kanzler des gleichfalls zurückgetretenen Staatssekretärs v. Sinsge — der Eintritt ist vom Kaiser bis zur Stunde noch nicht offiziell genehmigt — werden könnte. Das Blatt sagt: Welches Staatssekretärs des Auswärtigen bedürfen wir? Eines, für den Weltfrieden, Walfriede, Abklärung, internationale Gerechtigkeit keine Wortschwalle noch gar Mägen unterfändlerischer Schacherkunst sind, sondern leiste und ernsthafte Ziele einer aus Irwürmern erlärmpften Erkenntnis: eines unburenkraftig Gewandten, der auch in schwerster äußerer Lage die Gegner sowohl von der Verantwortlichkeit unserer Wfschten, wie von dem Willen des deutschen Volkes, gegen Verläufe zu seiner Vererbung und Bemütigung bis ans letzte zu kämpfen, zu überzeugen versteht. Wir nennen — auch hier, ohne damit ein Dogma aufstellen zu wollen — den Namen Erzberger. Das für und wider gegen eine solche Befehung des Auswärtigen Amtes wollen wir in diesem Zusammenhange nicht erörtern. Immerhin fällt uns eine Bemertung ein, die aus dem Munde Erzbergers stammt und die vor etwa Jahresfrist hier. Damals sagte Erzberger in der Schweiz, man möge ihn zwei Stunden mit maßgebenden feindlichen Staatsmännern verhandeln lassen, dann wäre der Friede herbeigeführt. Ob er heute noch so denkt, nachdem die Entente immer wieder ihre Verteidigungswillen betont hat?

In Berlin spricht man davon, daß auch die preussischen Minister dem Kaiser ihre Portefeuilles zur Verfügung stellen würden. Wir sehen das als eine Selbstverständlichkeit an. Es war eine Scene in einem Trauerspiel, als dieser Tage gemeldet wurde, daß die preussischen Minister im Bundesrat gegen die Aufhebung des Artikels 9 Absatz 2 der Verfassung zu stimmen beabsichtigten. Hieran braucht man nur zu denken, um sich über die dringende Notwendigkeit klar zu sein, daß heute weniger denn je Disparmonien zwischen der

Die Bedingungen der Entente.

Jütich, 1. Oktober. (Privattelegramm.) Zur Einstellung des Kriegszustandes zwischen Bulgarien und der Entente wird der „Neuen Jüticher Zeitung“ von amtlicher alliierter Seite gemeldet: Bulgarien hat die Waffen gestreckt. Der Vertrag ist in Saloniki unterzeichnet worden. Auch der griechische Ministerpräsident Venizelos hat den Vertrag mit unterzeichnet. Die Hauptbedingungen lauten:

- 1. Zurücksetzung der von den Bulgaren befehnten griechischen und serbischen Provinzen an Griechenland und Serbien. Die Befehung erfolgt sofort.
- 2. Uebergabe von Sofia an die Entente-truppen.
- 3. Befehung aller bulgarischen Eisenbahnlinien durch die Entente.
- 4. Vollständige Demobilisierung des bulgarischen Heeres. (2.)

Der abgeschlossene Waffenstillstand.

Amsterdam, 1. Oktober. Wie das Reutersbüro erfährt, ist der Waffenstillstand zwischen Bulgarien und der Entente abgeschlossen worden.

Kein Koalitionsministerium.

Berlin, 1. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist der vom Reichstagsleiter Graf A. B. v. B. vortretende Gedanke, ein Koalitionsministerium aus allen Parteien zu bilden, am ehestigsten Widerspruch von links und rechts gescheitert. Auch aus nationalliberalen Kreisen erhob sich dagegen Einspruch. In der jetzigen Zeit komme es darauf an, ganze Arbeit zu leisten und ein Bemühen dafür abzulehnen, daß mit dem alten System der Obrigkeitregierung und der parlamentarischen Gewalt endgültig gebrochen werden muß. Die nationalliberale Fraktion konnte zu der neuen Lage noch nicht endgültig Stellung nehmen.

Goll die Stahlmauer im Westen ein Loch bekommen, durch das sich der Feind ins Land wälzen kann? Nein! Zeichen die neunte Kriegsangelei!

Herrn von Payers Aussichten.

Berlin, 1. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die Besprechungen der Parteiführer mit der Regierung sind gestern Abend beendet worden. Zur Stunde kann als wahrscheinlich angenommen werden, daß der gegenwärtige Reichstagsleiter Herr von Payer, als ein Mitglied der fortwährendlichen Volkspartei, Reichstagsleiter werden wird. Herr von Payer hatte zwar gestern noch starke Bedenken gegen die Uebernahme des Kanzlerpostens geäußert und auch auf seine hohen Jahre hingewiesen, es ist jedoch der Wunsch der Reichstagspartei, daß die erste parlamentarische Regierung des Deutschen Reiches von einem Parlamentarier geführt werde.

Vor wichtigen Entscheidungen des Bundesrates.

Berlin, 1. Oktober. (Privattelegramm.) Der Bundesrat tritt am kommenden Donnerstag zusammen. In der bevorstehenden Sitzung wird die Entscheidung über die Aufhebung des Artikels 9 des Reichsverfassung fallen. Erst dann wird es entscheidungsmäßig möglich sein, eine parlamentarische Regierung im Sinne der Reichsverfassung zu bilden.

Eine Friedensnote der Parlamente?

Berlin, 1. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die Schweizer Blätter melden: Nach einem Bericht der „Neuen Korrespondenz“ teilt die „Sonntags Post“ mit, die Parlamente der Mittelmächte würden die Note Bulgariens wiederholen und an die Parlamente der Ententeländer den Vorschlag ergoßen lassen, unter den Parlamentariern der kriegführenden Staaten Verhandlungen einzuleiten. Das wäre dann der zweite Akt der Friedensoffensive. (Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Reichsleitung und dem preußischen Staatsministerium befehlen dürfen. Man kann im Reich nicht liberal und parlamentarisch regieren, in dem größten Bundesstaate aber konservativ nach als überlebt erkannten Rechten. Es läßt sich kein Regierungsprogramm der maßgebenden Mehrheitsparteien aufstellen mit der gleichzeitigen Erlaubnis an die preußische Reaktion, das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach Verzicht auf zu verweigern. Die Konfessionen haben es jahrelang in der Hand gehabt, eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts durchzuführen, bei der ihre Ideen nicht völlig ausgeblendet worden wären. Sie lehnten das ab, weil sie auf dem alten Rechtsstandpunkte des „Alles oder Nichts“ standen. Sie wollten ihre alte Macht verlorren festhalten und verantern und überlassen dabei, daß die Entwicklung nur zu leicht über ihre Wünsche hinwegschleift. Vielesicht mehr sich heute die Zahl der einflussreichen Konfessionen, die Klagen erkennt, daß eine Wahlreform des Herbstes 1918 anders aussehen wird, als eine solche im Herbst 1917 ausgefallen hätte. Wer unter den Konfessionen nicht mit politischer Bindung gelassen ist, muß bei einigen guten Willen erkennen, daß Herr v. Seedenband mit Recht den schmiedenden Stein eines Totengraves der konfessionellen Partei verdient. Die Reform, die er unter der Kanfigenschaft Hertlings hätte zustande bringen können, wird heute nicht mehr zu machen sein. Eine parlamentarische Regierung im Reich kann nicht untätig bleiben, wenn die Reaktion des Abgeordneten- und des Herrenhauses mit den Verfassungsorganen Rangball spielt. Auch hier wird baldigt Arbeit getan werden müssen.

Der Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 1. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie man in politischen Kreisen früher erwartete, wird der Reichstag voraussichtlich am nächsten Dienstag zusammenzutreten, um das Programm der ersten parlamentarischen Regierung entgegenzunehmen.

Staatssekretär von Hinzke über den Kaiser-Erlaß.

„Das Tor steht offen für alle.“

In einer Verammlung Berliner Pressevertreter erschien gestern abend Staatssekretär von Hinzke. Dort verlas Ministerdirektor im Auswärtigen Amte Deutemolde nach folgender Begründung der Anwesenheit durch den Staatssekretär den kaiserlichen Erlaß, worauf Herr v. Hinzke zu ungehöriger folgender kurzen, unlegbar eindrucksvollen Ansprache das Wort ergriß.

„Ueber den Inhalt des Erlasses besteht wohl kein Zweifel. In erster und schwerer Stunde ist der Kaiser zu einem

Entschlusse von entscheidender Bedeutung

gelangt. Der Erlaß bedeutet die Wahrung an alle Deutschen, herauszugehen aus der Beschränkung auf eine düre, unzufriedene Kritik, — auch dort, wo man mit Vergangenen nicht in allem und jedem einverstanden ist, nicht weiter zu verweilen bei kläglichem Klage und vielschichtiger Anklage! Die

Bahn zur Mitwirkung an den Geschicken des Reichs

ist nunmehr für jedermann frei; das Tor steht offen für alle. Niemand hat mehr ein Recht, untätig beiseite zu stehen. Der Erlaß bedeutet für das Volk eine neue Wahrung, seine bisherigen gewaltigen Reaktionen zu lösen durch jähres Durchhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden. Unser Volk, das Heer, die Flotte und ihre bewährten Führer gewähleiten dem Reich seine Zukunft. Das Ausland hält sich über den deutschen Militarismus auf; er ist die Nüftung, die wir, nach unserer Lage mitten in Europa, nicht entschenden können, um zu leben. Die Welt könnte das wissen; sie weiß es auch, aber — sie will es nicht wissen! Aus den hochherzigen Worten des Kaisers kann sie neuerdings ersehen und lernen,

wie unwahr die Anwürfe sind, die man gegen uns richtet! Die Presse wird in ihren Glossen ohne Zweifel die weltgeschichtliche Tat des Kaisers ihrer Bedeutung gemäß dem Volke wie dem Ausland vorzuführen wissen. Wir stehen vor einer neuen Entwicklung unseres innerpolitischen Lebens! Ueber Aufgaben und Ziele der neuen Zeit in diesem Augenblick etwas zu sagen, ist unmöglich; ihr Programm wird sich aus den Veranlangen ergeben, die mit den Vertretern des Volkes selbst stattfinden.“

Die Ausführungen des Staatssekretärs wurden mit großem Schönung und Nachdruck vorgetragen.

Die Besprechungen bei Herrn v. Payer

In Ausführung des kaiserlichen Erlasses, der den Wunsch ausdrückt, Laß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeiten, empfangt wie der „W.“ mit großer Anteilnahme v. Payer im Reichstag die führenden Mitglieder aller Fraktionen nacheinander, um ihre Vorschläge zur Neubildung der Regierung entgegenzunehmen.

Es hat sich dabei ergeben, daß die Mehrheitsparteien ein Koalitionsministerium, sondern eine von Vertretern der Reichstagsmehrheit gebildete Regierung wünschen, an der

auch die Nationalliberalen teilnehmen

würden, und daß man an der Spitze dieser Regierung Herr v. Payer sehen will. Das Zentrum wünscht Herrn von Payer als Nachfolger des Grafen Hertling, die Sozialdemokratie ist einverstanden, im Fortschritt sind die Meinungen zwar geteilt, aber man würde selbstverständlich zustimmen, falls Herr v. Payer selbst gewillt ist, das Kanzleramt anzunehmen.

Es steht also bei Herrn v. Payer.

ab er der Krone als Kanzler in Vorschlag gebracht werden soll.

Eine Einigung mit den Nationalliberalen wird als sehr wahrscheinlich betrachtet, und es verlautet, daß in deren geistiger Prädisposition eine erhebliche Mehrheit in dieser Richtung vorzuliegen gewiss ist. Wie es heißt, ist man übrigens dabei abgesehen, zugleich die Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung zu verlangen; man will vorläufig davon absehen und sich damit begnügen, daß die Abgeordneten, die Staatssekretäre werden.

nicht zu Bundesratsmitgliedern ernannt werden. Zwischen Zentrum und Sozialdemokratie soll im übrigen nimmer eine Einigung zulebgekommen sein. Nach den Besprechungen mit Herrn von Payer, denen zum Teil auch Graf Roeben beimohte, traten um 7 1/2 Uhr abends die Mehrheitsparteien zu einer

interfraktionellen Besprechung

zusammen, um die gemeinsamen Richtlinien für das Regierungsprogramm aufzustellen. Mit heute, bzw. morgen haben fast alle Fraktionen Sitzungen angeleitet. Bis alles feste Form angenommen, gebilligt und verwirrt worden ist, werden noch etwa zwei Tage vergehen, dann dürfte auch der Hauptausdruck wieder zusammenzutreten und eventuell das Plenum.

Die Türken zum Verrort Malinows.

Konstantinopel, 20. Sept. Das osmanische Volk behält die Probe, auf die es die Nachricht aus Bulgarien stellte, vollkommen würdig. Die erste Ueberreichung mit ruhiger Kaltblütigkeit, besonders nach dem Eintreffen der Nachrichten der Antunft deutscher und österreichischer Truppen in Bulgarien. Die Presse weist darauf hin, daß ein solcher Schritt von Malinow, dem Russen- und Entente-freunde, seit seinem Eintritt in die Regierung erwartet wurde und daß er schon unter Nadolawow die Disziplin der Arme untergrub. Der heutige „Verharmung“ erklärt: Vielleicht konnte Malinow bei der Auflösung der Arme nicht anders handeln, aber Malinow verurteilt eben diese Auflösung. „Kantun“ erklärt, Bulgarien allein habe den größten Schaden von einem Sonderfrieden. Einmütig erklären die Zeitungen, daß äußerlich falls die deutschen und österreichischen Truppen die Front wiederherstellen würden. Sie hielten vor allem den Verbindungsweg zwischen der Türkei und ihren Verbündeten aufrecht.

Eine Note Bulgariens an Wilson?

Bern, 30. Sept. Man verleiht dem „Journal de Geneve“, daß Bulgarien ein Wilson eine Note geschickt hat, in der es den Präsidenten benachrichtigt, daß es dessen Erklärungen über den Frieden zu den seinigen made und bereit ist, die Waffen endgültig niederzulegen, wenn es die Gewähr haben könne, daß keine Interferenz auf dem Friedensweg geübt werden würden. Nach der „Zürcher“ soll es sich sogar um ein förmliches Gesuchen um Vermittlung handeln.

Ein Kabinett Peshew in Bulgarien?

Die Stimmung in der Sobranje. Wien, 30. Sept. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Sofia gemeldet wird, ist im gegenwärtigen Augenblick die Stimmung in Bulgarien nicht zu hoch zu gewarden. Der Einmarsch deutscher und österreichischer Truppen in der Hauptstadt ist im allgemeinen eine gute Wirkung aus. Dem Vordringen nach ist die Bildung eines provisorischen Kabinetts bevor, in dem auch mehrere Generale Platz haben sollen. Mit der Leitung des Kabinetts soll Peshew betraut werden, der im Ministerium Nadolawow Unterminister war, und der in der Sobranje über einen beträchtlichen Anhang verfügt. Die von der Exekutive zu erkennen gegebenen Friedensbedingungen haben viele abgelehnt, und es besteht nach der jetzigen Stimmung zu schließen, wenig Aussicht daß sich in der Sobranje eine Mehrheit für sie finden wird.

Bulgarischer Kampferbericht.

WTB. Sofia, 20. Sept. Amtlicher Seeresbericht. Macedonische Front: Von Albanien bis zur Balkan-Hauptkammpe an der Westflanke. Patrouillenechte mit für uns glücklichen Ausgang. Im Sturm-Tale verjuchten mehrere griechische Kompanien, mit Geschützen und Maschinengewehren sich unseren Stellungen zu nähern. Sie wurden aber verjagt und ließen ihre Geschütze und mehrere Maschinengewehre und Gefangene in unseren Händen zurück.

Der Zusammentritt des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Wien, 1. Okt. (Privattelegramm.) Nach zweimonatiger Pause tritt heute das österreichische Abgeordnetenhaus wieder zusammen. Der Zusammentritt steht im Zeichen der auswärtigen Politik, insbesondere der Ereignisse auf dem Balkan. Der Ministerpräsident, Freiherr von Süßner, hat zu Beginn der heutigen Sitzung eine Programmrede angeleitet, in der er auch die Bedeutung des Ministeriums des Reiches, Grafen Barian, über die auswärtige Politik zur Besprechung bringen wird. Seitens der Parteien wurden zunächst dringliche Anfragen und Anträge eingebracht, u. a. sozialdemokratischer Antrag der Abgeordneten Adler, Selb und Seliger über die Fortsetzung der Friedensbedingungen und die Bekämpfung der Friedensbedingungen Österreichs. Die zeitige Obmannunterlegung hat beschlossen, eine Doppeldebatte durchzuführen über die Erklärungen des Ministerpräsidenten und eine zweite über die dringlichen Anträge der Parteien.

Oesterreichs Finanzplan.

WTB. Wien, 30. Sept. Im Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses entwarf Finanzminister Freiherr v. Wimmer einen Finanzplan zur Deckung der laufenden Ausgaben von rund 2 Milliarden. Er verweist auf die Erhöhung der Kontributen und der Einkommen- und Gütersteuer, Kreisbeiträge des Staates bei Zündbögen, Einführung der Zollzahlung mit Zollagio in Bantnoten, welche insgesamt eine jährliche Mehreinnahme von über 700 Millionen ergeben. Hierzu kämen 600 Millionen Kronen, welche die dem Parlamente

vorzulegen, noch nicht erzielten neuen Steuern bringen würden. Es bleibe somit noch ein Abgang von rund 800 Mill. Kronen in der laufenden Uebarung, zu dessen Deckung die Regierung in Monatsfrist u. a. Vorlagen einzubringen gedenkt: auf Erhöhung der Brantsteuer, Einführung der Warenumschlagsteuer, sowie auf Einführung einer dauernden Vermögenssteuer, sowie auf Erhöhung der Einkommensteuer. Diese Maßnahmen würden jedenfalls ein Ueberschuss von mehr als 600 Millionen jährlich ergeben. Alle diese Finanzerlöse würden allerdings eine Jahreserinnahme von rund 2 Milliarden ergeben, wenn alle diese Steuererlöse vom 1. Juli 1918 ab in Wirksamkeit treten. Da die Erzielung dieser Vorlagen jedoch noch einige Zeit dauern wird, beabsichtigt die Regierung, zusammen mit anderen Steuererlösen auch eine Vorlage einzubringen, die zur Deckung des Defizits der laufenden Uebarung die einmalige Inanspruchnahme des Vermögens vorsieht.

Staatssekretär Dr. Solf über Krieg und Kolonien.

München, 30. Sept. Staatssekretär Dr. Solf, der gestern in München eintraf, wurde heute vom Könige in Audienz empfangen und zur Tafel geladen. Er hielt heute vormittag vor goldenem Publikum einen vom Ministerium des Innern veranlasseten Vortrag. Ueber den Vortrag wurde ein Bericht ausgegeben, der folgendes heißt: Dr. Solf sprach über den Krieg und die Kolonien. Er begann mit historischen Erinnerungen und legte Johann die Gründe dar, die es für Deutschland zur Notwendigkeit machten, überseeische Besitzungen zu erlangen und zu erhalten. Diese Gründe lagen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete; es sei nur an die Großtätigkeit erinnert. Wichtigste seien unter kolonialen Ziele rein defensiver Natur. Die Militarisierung von Afrika sei von Frankreich ausgegangen; wir hätten sie nicht mitgemacht und wollten sie auch nicht mitmachen. Koloniale Politik sei ein Kulturerbe, an dem sich zu beteiligen alle europäischen Staaten die gleiche Aufgabe hätten. Er betonte weiter, daß unsere kolonialen Kriegsziele unterteilt waren: Auf und Ab der wirtschaftlichen Geschäfte hies die gleichen bleiben würden; die Küstengebiete der Kolonien und die Schaffung eines Ausgleichs unter den beteiligten Staaten.

Das Stocken des amerikanischen Angriffs

Zwischen Argonnen und Maas stößt der amerikanische Angriff. Die Maasbrücken flozen rechtzeitig in die Luft. Alle Versuche, von Osten her in die Argonnen einzudringen, scheiterten. Die Frontallüme aber zwischen Argonnen und Trielles brachen in dem Uebersteiger der in den Waldhöfen verdeckten Maschinengewehre oder in dem Granats und Schrapnellgel der Artillerie zusammen. In Gegenständen wurden die Amerikaner vielfach wieder zurückgedrückt. Die Vorgehensweise orientiert sie mit Tanks, Tank-Überwachen, Minenwerfer, Maschinengewehre, metalfestierten in ihrer Bekämpfung. Wo aber die Tanks tragbar in die deutschen Linien eingebrochen waren, ging die Infanterie selber entschlossen gegen die Panzerwagen vor. In dem Abschnitt des 2. Bataillons des Infanterie-Regiments 150 griffen die Maschinierer eben herausstehenden Tank mit Handgranaten an und setzten auf diese Weise nicht weniger als 6 Panzerwagen außer Gefecht. Eine große Berliner Expeditionskorps erhielt den telegraphischen Auftrag des Kaisers, seine Ueberbesetzung nach Bayern für die dritte Oktoberwoche auszuführen.

300. Luftsteg der Jagdstaffel Boelde.

Berlin, 30. Sept. Am 27. September ließ die 300. Luftsteg der Jagdstaffel Boelde die 300. feindliche Flugzeuge ab. In beifriedlicher Ereignis hat die Staffel seit ihrem Bestehen Sieg erzielt, auch nach dem Tode ihres Führers und Meisters. In dieser Staffel haben gekämpft: Ritterkreuz-Träger von Richthofen, Leutnant Vogt, Hauptmann von Lützow, Leutnant Max Müller, Leutnant von Wilow, Leutnant Wölm, Oberleutnant Bernert, Leutnant Bäumer, Leutnant Frommeyer, Manden von ihnen der der grüne Hosen, einen der Ueberlebenden überlebt der Tod, unaussprechlich bereit in jedem der Wille zum Siege.

Die Abwehrschlacht von Verdun.

Berlin, 30. Sept. Ein Teilnehmer an den Kämpfen der Abwehrschlacht vor Ver in schreibt: Auf dem Westufer der Maas tobt die Abwehrschlacht fort. In aufsehbarer Uebermacht liegen die amerikanischen Divisionen unter härtestem Einsatz von Material die Angriffe der vorhergehenden Tage fort. Die Uebergänge über die Maas wurden zu Brennpunkten heftigen Kampfes. Bei Villerosen hielten geringe Truppenverbände in zäher Ausdauer einen Weidenposten, an dem sich die Gewalt des feindlichen Entwurms brist. Die grünen Sumpfwägen um den Fuß hind von Granaten zerstört. Zerstückelte Herbstkollon, vom Widerstand flammender Dörfchen gerötet, liegen über das waldige Hügelgelände, auf das der Krieg mit Millionenfäden hämmert. Diese Gegenüber erlitt fast Tage im gekannten Schrecken. Der Amerikaner greift mit gewaltiger Artillerie

an, die weit in unser Hintergelände hineinleitet. Am Nachmittage ließ sich ein Gefangener, der nie erzählt, mit welchem Zutrauen auf ihre Artillerie er und seine Kameraden zum Sturm angeleitet waren. „Der Wittererlemp“, war ihnen gesagt worden, würde so gemacht sein, daß ein 11 Kilometer tiefe alle an nicht ist, und der Sturm ein bloßer Spaziergang sein würde.“ Dennoch gingen die Tanks den Sturmwehen voraus. Es war aber kein bloßer Spaziergang.

Wie unsere Maschinengewehre, wie unsere Sturmabteilungen diese Hölle überdauern, ist fast undenklich. Aber als die Angriffe sich näherten, schlug ihnen laut der existierten Stille der deutsche Feuerhaag entgegen. Besonders heftig tobte der Kampf um Hamillouis, das mehrmals den Westufer wechselte. Im Abend war nach glänzenden Gegenangriffen der Ort erneut in unserm Besitz. Dagegen war's Witterung im Laufe des Tages gekümt. Hier höher einziger Säulenartig zusammen und schweben zum ragenden Berg hin, von dem das Dorf weit bis in das ehemals blühende Maasland herabschauet. Seit Jahren hatten nur noch Trümmer zum Hamnenden Himmel hoch. Inzwischen ragen die Krämpfe weiter. Während ich in einem verlassenem Hause schreibe, zittert von